




Reformen ausgewählter Länder*


Im Zuge der Staatsschuldenkrise haben etliche Staaten Maßnahmen zur Haushaltssanierung und zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet. Die Aufstellung zeigt, welche Schritte bereits unternommen wurden, welche geplant sind und erste Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) im Januar 2012 zusammengestellt.



Land	Maßnahmen
Portugal 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgabenkürzungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere bei Gehältern • Einführung einer einmaligen Sondersteuer auf das Weihnachtsgeld • Mehrwertsteuererhöhung von 21 auf 23%, Streichung von reduzierten Sätze z.B. für Restaurants • Einfrierung der Renten, Streichung von Weihnachts- Urlaubsgeld im öffentlichen Dienst • Verlängerung der Arbeitszeit, Reduktion der Feiertage • Verzicht auf „goldene Aktie“ (Veto-Recht bei Unternehmensbeteiligungen) <p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Privatisierungsprogramm • „Solidaritätssteuer“ für reichere Firmen und Privatleute (3%) • Einschnitte im Gesundheitsbereich, bei Arbeitslosengeld und Renten • Reduzierung der Zahl der Beamten (national -1% jährlich, regional -2%) • Lockerung Kündigungsschutz • Schuldenbremse <p>Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Exporte wachsen (Januar-Oktober 2011 +16% ggü. Vorjahreszeitraum); Leistungsbilanzdefizit schrumpft auf weniger als die Hälfte ggü. 2007 • jedoch schrumpft Wirtschaft bislang weiter (einschl. 3. Quartal 2011)
Frankreich 	<p>Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frühere Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre • Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes • Begrenzung der Indexierung von Sozialleistungen • höhere Steuern auf Tabak und Alkohol • Streichung von Steuervergünstigungen • Extrasteuer für Wohlhabende (ab 500.000 Euro Jahreseinkommen) • Erhöhung der Steuer auf Vermögenseinkünfte, im Gegenzug Senkung der Arbeitskosten • Mehrwertsteuererhöhung von 19,6 auf 21,2 % (ab Oktober) • Einführung einer Finanztransaktionssteuer • Förderung der beruflichen Ausbildung, Strafandrohung für große Firmen, die keine Lehrlinge aufnehmen • Gründung einer Mittelstandsbank • Flexibilisierung der Arbeitszeiten

Land	Maßnahmen
<p data-bbox="156 344 272 383">Spanien</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre • Kürzungen bei Gesundheit und Bildung z.B. Kürzung der staatlichen Krankenversicherung für Medikamente • Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18% und des reduzierten Steuersatzes von 7 auf 8%, höhere Tabaksteuer • Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 1% bei einem Einkommen über 120.000 Euro, 2% bei einem Einkommen über 175.000 Euro • Wegfall der Steuererleichterungen auf Treibstoffe für besondere Berufsgruppen • Kürzung von öffentlichen Investitionen • Wegfall eines Bonus von 2.500 Euro bei Geburten • Kürzung der Gelder für Entwicklungshilfe • Sparkassenreform • Einführung einer Schuldenbremse • FuE-Anstrengungen sollen trotz Sparzwang erhöht, Gründungsförderung und Finanzierungsberatung ausgebaut werden. <p data-bbox="421 952 536 987">Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der Erbschaftsteuer, Lockerung der zentralen Tarifverträge • Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen (speziell auch in den Autonomen Gebieten und Kommunen) • Einführung einer auf 2 Jahre begrenzten zusätzlichen Solidaritätsabgabe auf Einkommen (0,75%-7% der Einkommensteuer) und Kapitalerträge • Erhöhung der Grundsteuer für Wohneigentum, das den Durchschnittswert übersteigt • Einfrierung der Beamtengehälter (zuvor bereits um 5 bis 15% gekürzt), Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 37,5 Stunden • monatlicher Mindestlohn bleibt bei 641,40 Euro eingefroren • Abbau der Zahlungen an Parteien Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen um 20% • Rentenerhöhung um 1% • Verringerung Anzahl von Staatsfirmen auf Regionen- und Kommunalebene • Reform des Arbeitsmarktes und Reform der Lohnverhandlungen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter legen bis 16.01.2012 ihre Übereinkünfte vor und Regierung bringt bis 31.01.2012 ein Gesetz ein) <p data-bbox="421 1630 683 1666">Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • steigende Exporte (Januar-Oktober 2011 +13% ggü. Vorjahreszeitraum), Leistungsbilanzdefizit schrumpft auf weniger als die Hälfte ggü. 2007 • Wirtschaft wächst seit mehreren Quartalen langsam, aber kontinuierlich (3. Quartal 2011: Stagnation; Gesamtjahr 2011 voraussichtlich +0,8%, dabei -1,5%-Beitrag Bauwirtschaft) • aber: hohe Arbeitslosigkeit • Staatsdefizit: 2011 80 Mrd. Euro (bislang geplant waren 60 Mrd. Euro)

Land	Maßnahmen
<p data-bbox="156 344 248 383">Italien</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassungsänderung für ausgeglichene Haushalte • Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 21% • Rentenkürzungen • „Solidaritätsabgabe“ bei Einkommen über 300.000 Euro • Flexibilisierung der zumeist zentral geregelten Arbeitsverträge • Weniger Geld für Provinzregierungen, Reduzierung der Zahl der Provinzen, Reduzierung der Feiertage <p data-bbox="421 636 536 674">Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sparpaket mit Volumen 33 Mrd. Euro (Schwerpunkt: Einnahmeerhöhung ca. 30 Mrd. Euro; Kostenreduzierungen 12-13 Mrd. Euro; 10 Mrd. Euro Zusatzausgaben für Wachstumsförderung) • Weitere Erhöhung der MwSt (von 21 auf 23%, ermäßigt von 10 auf 12% ab 01.09.2012) • Anpassung des Renteneintrittsalters an Lebenserwartung (Rente mit 67, Einschränkung der Frühverrentung), Wegfall Inflationsanpassung von Renten, Änderung der Berechnungsgrundlage von letzten Gehalt bei gezahlte Beiträge • Leichtere Kündigungsmöglichkeiten im privaten Sektor • Möglichkeit, im öffentlichen Sektor Arbeitsplätze abzubauen • Liberalisierung von kommunalen Dienstleistungen; weniger Exklusivrechte, Möglichkeit zum Abweichen von den Mindestgebühren für bestimmte Berufe • Liberalisierung im Postwesen (Trennung Postbank von herkömmlichen Postdienstleistungen), im Handel, in zahlreichen Berufssparten, im lokalen Transportwesen und im Energiesektor • Reformen von Justiz und Bildungssystem • Privatisierungen im Rahmen von 15 Mrd. Euro über drei Jahre • Abschaffung von Steuererleichterungen, Bekämpfung der Steuerflucht (Obergrenze für Bartransaktionen) • Überprüfung des Systems für Arbeitslosengeld • Wiedereinführung einer Immobiliensteuer (10 Mrd. Euro), höhere Grundbuchbewertung • Luxussteuer auf Yachten, Privatflugzeuge und hubraumschwere Autos • Regierungschef Monti verzichtet auf Gehalt • Zusatzinvestitionen in Infrastruktur, Senkung der Körperschaftsteuer • Wachstumsprogramm „Cresci Italia“ für Januar 2012 angekündigt <p data-bbox="421 1637 624 1675">Nicht umgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Liberalisierung des Arzneimittelhandels und der Taxidienste • Kürzungen von Pensionen und Bezügen von Abgeordneten <p data-bbox="421 1765 564 1803">Insgesamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen, Haushaltsausgleich bis 2013 <p data-bbox="421 1848 555 1886">Situation:</p> <ul style="list-style-type: none"> • BIP: Wirtschaft wächst seit mehreren Quartalen langsam, aber kontinuierlich • Haushalt: Abgesehen von Zinszahlungen weist der Staatshaushalt Überschüsse aus (Primärüberschuss)

Land	Maßnahmen
<p data-bbox="156 344 240 383">Irland</p>  	<ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Steuerfreibeträge bei Erbschaften, seit 2009 • Mineralölsteuererhöhungen für Diesel um 5 Cent/Liter, seit 2009 sowie um 4 Cent Benzin und um weitere 2 Cent Diesel, seit 2010 • Übergangsweise Einführung einer Flugverkehrssteuer von 3 Euro pro Fluggast, seit 01.03.2011 • Einführung Kohlenstoffemissionssteuer mit 15 Euro pro Tonne (Dez. 2009) Erhöhung auf 20 Euro ab Mai 2012 • Anpassung der Steuergrenzbeträge, maximalen Einkommensteuersatz von 41% ab 32.800 statt 36.400 Euro • Senkung Einkommensteuerfreibeträge von 1.830 auf 1.650 Euro, ab 2011 • Anhebung der MwSt. von 21 auf 23%, ab 2012 • Erhöhung Kapitalertragssteuer von 20 auf 30%, ab 2012 • Aufhebung Beitragsbemessungsgrenzen für Sozialversicherungen • Besteuerung der Boni von Bankangestellten, deren Bank vom irischen Staat gerettet wurde, mit 90% • Kürzung von Pensionen • Restrukturierung maroder Banken sogar über Zeitplan (Fusionen, Erneuerung des Managements) • Senkung der Gehälter im öffentlichen Dienst (5% der ersten 30.000 Euro, 7,5% Teil bis 40.000 Euro und 10% Teil bis 55.000 Euro) • Erhöhung Tabaksteuer um 25 Cent für 20 Zigaretten, ab 06.12.2011 <p data-bbox="421 1182 536 1220">Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung Trinkwasserabgabe i. H. v. etwa 250 bis 400 Euro pro Haushalt, bis 2014 • Staatsdefizit von 2011 bis 2014 um 15 Mrd. Euro senken – 10 Mrd. Euro Ausgabensenkungen/5 Mrd. Euro Einnahmenerhöhungen • Immobiliensteuer derzeit 100 Euro pro Wohneinheit – geplant Grundsteuer • Streichung von 6.000 Stellen im öffentlichen Dienst in 2012, Einsparungen von (400 Mio. Euro p.a.) • Erhöhung des Renteneintrittsalters in 2014 auf 66 Jahre, in 2021 auf 67 Jahre und in 2028 auf 68 Jahr • Erhöhung der Studiengebühren <p data-bbox="421 1585 1046 1624">Insgesamt Einsparungen von 14 Mrd. Euro bis 2014</p> <p data-bbox="421 1630 1372 1668">Aber: Absenkung des Mindestlohns von 8,65 Euro auf 7,65 Euro zurückgenommen</p> <p data-bbox="421 1713 683 1751">Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die irische Wirtschaft wächst, 2011 um 1% und 2012 voraussichtlich um 0,8%. • auch Exporte wachsen, Leistungsbilanz seit 2010 im Plus • Sparquote von 2 auf 13% gestiegen • Arbeitskosten sind um nahezu 20% im Vergleich zum Durchschnitt der Euro-Zone gesunken

Land	Maßnahmen
<p>Griechenland</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen und Verwertung des öffentlichen Vermögens • weitere Kürzung der Beamtenegehälter • weitere Kürzung von Sozialleistungen • Aufbau nationaler Statistiken • Abbau bürokratischer Hürden, Öffnung geschützter Berufe (Taxi, Apotheken u.v.m) • Schließung von staatlichen Unternehmen <p>Schuldenschnitt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um die Pleite Griechenlands abzuwenden, erlassen die privaten Gläubiger (Banken und Versicherungen) dem Staat die Hälfte seiner Schulden (100 Mrd. Euro) oder mehr; dadurch soll der griechische Schuldenstand bis zum Jahr 2020 von 160 auf 120% des BIP verringert werden. • Anleihen von EU-Staaten und EZB behalten ihren Wert, nur private Gläubiger machen Einschnitte; dafür gewährt EU weitere 100 Mrd. Euro bis 2014 <p>Diese Maßnahmen sollen bis 2015 30 Mrd. Euro bringen.</p> <p>Pläne seit 26.10.2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • enge Zusammenarbeit am Strukturprogramm • erleichterter Zugang zu EU-Strukturfondsmitteln <p>September 2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundstückssteuer (2 Mrd. Euro), die über die Stromrechnung eingezogen wird (ab 2012 durch Finanzamt) • erstmals Entlassungen im öffentlichen Dienst (betrifft Beamte nahe Pensionsalter) <p>Schon 2010:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Benzinsteuern und Heizölsteuer +10% • Alkoholsteuer +10% • Solidaritätsabgabe für 2011, 2012 und 2013 auf das Einkommen • MwSt von 21 auf 23% • Renteneintrittsalter heraufgesetzt, jedoch weiterhin keine einheitliche Regelung <p>Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigende Exporte, sinkende Importe (Januar-September 2011 +42% bzw. -20% ggü. Vorjahreszeitraum, Handelsbilanzdefizit halbiert) • Staatsdefizit deutlich reduziert (von 15 auf rd. 10%) • Arbeitskosten sinken spürbar • aber: Wegen Anpassung der Binnennachfrage schrumpft die Wirtschaft jedoch vorerst weiter.

Land	Maßnahmen
<p data-bbox="156 360 373 394">Großbritannien</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung öffentlicher Ausgaben um 100 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren. • Abbau von 500.000 Stellen und Gehaltseinfrierung im öffentlichen Dienst • Erhöhung der Kapitalertragsteuer • Anhebung der MwSt von 17,5 auf 20% • Anhebung des Pensionsalters auf 66 Jahre • Einführung einer Bankenabgabe • Kürzungen im Sozialbereich • Erhöhung Renteneintrittsalter auf 67 Jahre (bis 2026) • Konsolidierung 73% bei Ausgaben, darin 11% Investitionen • teilweise auch Erleichterungen bei Unternehmensbesteuerung und Sozialversicherungsbeiträgen <p data-bbox="435 824 1345 857">Bisheriges Ergebnis: Wirtschaft wächst trotz zwischenzeitlicher Rückschläge</p>
<p data-bbox="156 878 220 911">USA</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Etat 2011 Kürzungen in Höhe von 38,5 Mrd. Dollar • Kürzung des Verteidigungshaushalts um 487 Mrd. Dollar in den nächsten zehn Jahren; 2012 Einsparungen von 43 Mrd. Dollar • Verlängerung der Steuererleichterungen (auch für Reiche) um weitere zwei Jahre (Beschluss im Dez. 2010) • Gesundheitsreform: Kosten in den nächsten 10 Jahren: 940 Mrd. Dollar, Versicherungspflicht ab 2014, Staatshilfen für finanzschwache Versicherte, Reform kann aufgrund juristischer Umstrittenheit jedoch noch gekippt werden (Urteil vom Obersten Verfassungsgericht notwendig) • nationale Exportinitiative, Exportkontrollreform, Freihandelsabkommen mit Panama, Kolumbien und Südkorea, Patentrechtsreform (Ziel: Größere Kompatibilität und Wettbewerbsfähigkeit) <p data-bbox="435 1330 547 1364">Geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von 2013 bis 2021 sollen insgesamt 1,2 Bio. Dollar eingespart werden. • Beteiligung an Verhandlungen zu einem transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP) <p data-bbox="435 1458 695 1491">Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftswachstum 2011 1,7%, dabei im Jahresverlauf Beschleunigung. • Die Arbeitslosenquote ist im Dezember 2011 von 8,7 auf 8,5% gesunken (niedrigster Stand seit 3 Jahren). • seit Mitte 2011 Verringerung des Handelsbilanzdefizits von 52 auf 43 Mrd. Dollar